

Postulat der SP-Fraktion (Sprecher Martin Christen) vom 15. März 2011 betreffend paritätische Zusammensetzung des ENSI-Rates

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, in Bezug auf die Zusammensetzung des ENSI-Rates beim Bundesrat vorstellig zu werden und zu beantragen, im Sinne einer vertrauensfördernden Massnahme das Aufsichtsorgan des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats paritätisch, das heisst mit je drei Atomkraftbefürworter/innen und Atomkraftgegner/innen, zu besetzen.

Begründung:

Grosse Teile der Bevölkerung, vorab die AKW-Gegnerinnen und Gegner, haben jedes Vertrauen in das eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI verloren. Die Stellungnahmen des ENSI-Direktors im Schweizer Fernsehen im Zusammenhang mit der nuklearen Katastrophe in Japan zum Beispiel haben die atomkritische Bevölkerung endgültig davon überzeugt, dass das ENSI letztendlich zu 100 % im Dienste der AKW-Lobby steht. Die stets beschwichtigenden, technokratischen, fast immer ausweichenden, oft widersprüchlichen und wenig kompetenten Antworten auf die gestellten Interviewfragen zeigten ein eklatantes und erschreckendes Fehlen eines adäquaten Problembewusstseins: In den ersten Interviews vom 12.3.2011 schien er gar nicht an die Möglichkeit einer nuklearen Katastrophe zu glauben und zitierte interne ENSI-Berechnungen, nach denen bei einer Kernschmelze mit Austritt radioaktiver Gase an die Umwelt mit einer Verstrahlung von höchstens 3 Kilometern gerechnet werden müsse. Nur einen Tag später hatten die japanischen Behörden die Evakuierungszone auf einen Radius von 20 Kilometern ausgedehnt. Klar wurde in diesen Interviews, dass offenbar die Empathie des ENSI nicht der bedrohten Bevölkerung gilt und galt, sondern der weltweiten AKW-Gemeinschaft, denen "die Felle davonzuschwimmen drohen".

Da der Bundesrat Wahlbehörde des ENSI-Rates ist und diesen "aus wichtigen Gründen" jederzeit auch abberufen kann, ist aufgrund der heute atomfreundlichen Haltung sämtlicher ENSI-Ratsmitglieder eine teilweise Ab- und Neuwahl dringend notwendig. Nur eine paritätisch zusammengesetzte, völlig unabhängige Behörde, die sich in erster Linie dem Bevölkerungs- und dem Umweltschutz verpflichtet fühlt, kann auf seriöse, nachhaltige und zufriedenstellende Art und Weise die wichtigen Aufgaben im Bereich der nuklearen Sicherheit erfüllen. Dies ist jetzt, nachdem Bundesrätin Leuthard die Sistierung der AKW-Neubauprojekte und die sicherheitstechnische Überprüfung der bestehenden Anlagen angeordnet hat, von zentraler Bedeutung.
